

## Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland?

Neue Bedarfsermittlung für Kinder unter drei Jahren auf der Basis von Mikrodaten

C. Katharina  
Spieß  
kspiess@diw.de

Katharina  
Wrohlich  
kwrohlich@diw.de

*Im familienpolitischen Kontext wird die Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen vielfach diskutiert. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz will die Bundesregierung die Betreuung für Kinder unter drei Jahren ausbauen. Dabei geht sie aufgrund von „Makroschätzungen“ davon aus, dass rund 230 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen. Das DIW Berlin hat auf der Basis von Mikrodaten, die eine Abschätzung aufgrund individueller Bedarfslagen ermöglichen, neue Berechnungen durchgeführt, die zeigen, dass etwa 250 000 Plätze für Kinder mit erwerbstätigen Müttern benötigt werden. Mit dem von der Bundesregierung geplanten Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren könnte daher für diese Gruppe der Bedarf annähernd gedeckt werden. Allerdings zeigen die neuen Berechnungen auch, dass darüber hinaus ein Bedarf besteht, um die Nachfrage der Mütter zu befriedigen, die einen starken Erwerbswunsch haben. Insgesamt würden in ganz Deutschland über 1,2 Mill. Plätze nachgefragt, wenn diese angeboten würden.*

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG), das seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft ist,<sup>1</sup> will die Bundesregierung den Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren fördern. Insbesondere bei dieser Altersgruppe sind in Westdeutschland die Versorgungsquoten mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen sehr gering. Immer wieder wurde darauf in den Diskussionen um das Gesetz verwiesen, und auch allgemeine Debatten über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland kommen regelmäßig darauf zurück, dass das Angebot an außerhäusigen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren in Westdeutschland nicht bedarfsgerecht ist.

### Betreuungssituation im Ost-West- und EU-Vergleich

Tatsächlich stehen im westdeutschen Durchschnitt nur 2,5 Plätze für 100 Kinder unter drei Jahren zur Verfügung.<sup>2</sup> Zwischen den westdeutschen Bundesländern gibt es dabei große Unterschiede: In den Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg liegt die Versorgungsquote zwischen 10 % und 36 %, während sie in Flä-

<sup>1</sup> Vgl. Bundesgesetzblatt 2004, Teil I, Nr. 76, Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG).

<sup>2</sup> Diese Daten, die auf der Kinder- und Jugendhilfestatistik basieren, beziehen sich auf das Jahr 2002. Dies sind derzeit die aktuellen repräsentativen Daten über die Betreuungsangebote in Kindertageseinrichtungen. Vgl. Statistisches Bundesamt: Kindertagesbetreuung in Deutschland. Einrichtungen, Plätze, Personal und Kosten 1990 bis 2002. Wiesbaden 2004.

### 1. Bericht

Wie viele Kinderbetreuungsplätze fehlen in Deutschland?

Seite 223

chenländern wie Bayern oder Schleswig-Holstein bei 2 bis 3 % liegt. In den ostdeutschen Bundesländern stehen 100 Kindern im Alter unter drei Jahren dagegen 35 Plätze zur Verfügung. Hinzu kommen – sowohl in West- als auch in Ostdeutschland – Betreuungsangebote im Tagespflegebereich („Tagesmütter“). Das Betreuungsangebot in diesem Bereich wird von der Kinder- und Jugendhilfestatistik bisher nicht erfasst, was auch in Zusammenhang damit steht, dass die Tagespflege in Deutschland nur zum Teil über die Jugendämter vermittelt wird. Ein Großteil der Tagespflege ist vielmehr dem grauen Markt zuzuordnen. Aus Umfragedaten, z. B. dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), ist bekannt, dass in Deutschland etwa 7 % der Kinder unter drei Jahren in Tagespflege sind oder von einer anderen bezahlten Person betreut werden.<sup>3</sup> Darüber hinaus werden 32 % dieser Altersgruppe regelmäßig von Freunden und Bekannten betreut. Sowohl im Bereich der Tagespflege als auch im Bereich anderer Betreuungspersonen sind die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland nicht so groß wie im Bereich von Kindertageseinrichtungen. Gleichwohl ist bemerkenswert, dass in Ostdeutschland 38 % der Kinder unter drei Jahren von Freunden und Verwandten betreut werden, in Westdeutschland dagegen nur 30 % (Tabelle 1).

Bei der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren nimmt Deutschland im europäischen Vergleich einen der hinteren Plätze ein. In Dänemark oder Schweden stehen für 64 % bzw. 48 % der Kinder unter drei Jahren Plätze in Kindertageseinrichtungen oder in der Tagespflege bereit. In Frankreich werden 29 % der Kinder unter drei Jahren außerhäusig betreut.<sup>4</sup> Damit erreichen diese Länder fast alle die beim EU-Gipfel von Barcelona für das Jahr 2010 festgelegte Zielmarke von 33 %.<sup>5</sup> Westdeutschland hat dagegen noch einen massiven Nachholbedarf.

Vor dem Hintergrund dieser Versorgungssituation ist es nicht überraschend, dass die Erwerbstätigenquote von Müttern mit Kindern unter sechs Jahren in Deutschland mit 53 % geringer ist als in anderen EU-Ländern. So ist sie z. B. in Dänemark oder in Frankreich mit 74 % bzw. 59 % höher.<sup>6</sup>

### Bedarfsschätzung der Bundesregierung

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz will die Bundesregierung den bedarfsgerechten und qualitätsorientierten Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben. Im Gesetz neu geregelt ist, dass Kinder unter drei Jahren einen Platz in einer Tageseinrichtung oder in der Tagespflege bekommen sollten, wenn die Eltern erwerbstätig sind oder eine Betreuung in Kindertageseinrichtungen zur Förderung

Tabelle 1

### Informelle Betreuung von Kindern im Vorschulalter

In %

	Alter des jüngsten Kindes	
	0 bis 2 Jahre	3 bis 6 Jahre
<b>Tagespflege oder andere bezahlte Betreuungsperson</b>		
Ostdeutsche Bundesländer	6	2
Westdeutsche Bundesländer	7	7
Bundesdurchschnitt	7	5
<b>Verwandte oder Freunde</b>		
Ostdeutsche Bundesländer	38	45
Westdeutsche Bundesländer	30	44
Bundesdurchschnitt	32	43

Quellen: SOEP 2002, Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

des Kindeswohls notwendig ist (vgl. § 24, Abs. 3, Nr. 1 und 2 Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG). Für diesen Ausbau will der Bund jährlich 1,5 Mrd. Euro bereitstellen, die sich aus den Einsparungen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ergeben sollen. Bei dieser Rechnung geht der Bund davon aus, dass in den westdeutschen Bundesländern einschließlich Berlins bis 2011 insgesamt rund 230 000 Plätze neu geschaffen und die Betriebskosten finanziert werden müssen.<sup>7</sup> Hintergrund dieser Berechnung ist die Orientierung an einer bedarfsgerechten Versorgungsquote von rund 20 %, d. h. für 20 von 100 Kindern unter drei Jahren soll eine außerhäusige Betreuung bereitstehen, sowie an der faktischen Haushaltslage. Diese Bedarfslagen orientieren sich sowohl an Experteneinschätzungen als auch an den Nachfragen in europäischen Nachbarländern, d. h. sie sind das Ergebnis von „Makroschätzungen“. Im Vergleich dazu sagen Berechnungen, die auf der Ebene der Individuen ansetzen, wesentlich mehr über die tatsächlichen individuellen Bedarfe der betroffenen Familien aus.

### Bedarfsermittlung auf der Basis von Mikrodaten

Eine gute Möglichkeit zur Bedarfs- bzw. Nachfrageschätzung mit Mikrodaten bietet das SOEP –

<sup>3</sup> Der Anteil der von Tagesmüttern betreuten Kinder liegt bei 3 bis 4 %.

<sup>4</sup> OECD: Employment Outlook, Tabelle 4.7. Paris 2001.

<sup>5</sup> Vgl. Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Barcelona, 15. und 16. März 2002, S. 13 ([www.labournet.de/diskussion/eu/gipfel/rat.pdf](http://www.labournet.de/diskussion/eu/gipfel/rat.pdf); Zugriff am 29. März 2005).

<sup>6</sup> OECD: Employment Outlook, Chapter 2: Women at Work. Paris 2002.

<sup>7</sup> Vgl. Deutscher Bundestag: Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung und zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (Tagesbetreuungsausbaugesetz – TAG). Bundestags-Drucksache 15/3676, 2004, S. 45 ff.

eine für Deutschland repräsentative Haushalts- und Personenumfrage.<sup>8</sup> In dieser Befragung werden jedes Jahr etwa 12 000 Haushalte zu verschiedenen Themen wie Einkommen, Erwerbsbeteiligung, Haushaltszusammensetzung und auch Kinderbetreuung befragt. Für rund 1 800 Kinder bis zu sechs Jahren, deren Eltern im Jahre 2002 im SOEP befragt wurden, kann beobachtet werden, ob sie eine vorschulische Kinderbetreuungseinrichtung besuchen.

Für die Schätzung des Bedarfs an Kinderbetreuungseinrichtungen wird ein spezielles ökonomisches Modell, das sog. „partial observability-Modell“, verwendet. Mit diesem Modell können Nachfragefunktionen geschätzt werden, die berücksichtigen, dass die Nachfrage rationiert ist. Im Fall der Kinderbetreuung heißt das: Nicht alle Eltern, die für ihr Kind gerne einen Betreuungsplatz hätten, bekommen einen solchen angeboten.<sup>9</sup> Dies stellt für die ökonomische Schätzung der Nachfrage folgendes Problem dar: Beobachtet man im SOEP, dass ein Kind nicht in einer Einrichtung betreut wird, ist nicht offensichtlich, ob die Eltern keinen Betreuungsplatz nachfragen oder ob sie einen nachfragen, aber keinen angeboten bekommen.<sup>10</sup>

Diese Probleme lassen sich mit dem „partial observability-Modell“ lösen, da in dem Modell die Nachfrage und das Angebot gemeinsam geschätzt werden.<sup>11</sup> Die Ergebnisse dieser Schätzungen<sup>12</sup> für die Nachfrage und das Angebot von Betreuungsplätzen<sup>13</sup> zeigen, dass die Nachfrage nach einem Kinderbetreuungsplatz signifikant vom Alter des Kindes abhängt. Für jüngere Kinder ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Platz nachgefragt wird, geringer als für ältere Kinder. Die Anzahl der Geschwister verringert ebenfalls diese Wahrscheinlichkeit; hat ein Kind jedoch Geschwister, die einen Kindergarten besuchen, steigt die Wahrscheinlichkeit der Nachfrage nach einem Platz. Einen positiven Einfluss auf die Nachfrage hat auch das Haushaltseinkommen.<sup>14</sup> Lebt im Haushalt neben den Eltern eine weitere erwachsene Person, hat dies einen negativen Einfluss auf die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen. Ebenso hat auch ein regelmäßiger Kirchbesuch der Eltern einen negativen Einfluss auf die Nachfrage nach einem Betreuungsplatz, d. h. auch darüber gemessene Wertvorstellungen beeinflussen die Wahl der Kinderbetreuung. In der Schätzung wurden zudem regionale Unterschiede berücksichtigt: In allen westdeutschen Bundesländern ist die Nachfrage nach einem Kindergartenplatz signifikant niedriger als in den ostdeutschen Bundesländern.

Die individuelle Wahrscheinlichkeit, einen Betreuungsplatz *angeboten* zu bekommen, hängt signifikant vom Alter des Kindes und von der Versor-

gungsquote ab, d. h. von der Zahl der Kinderbetreuungsplätze je 100 Kinder der jeweiligen Altersgruppe in dem Kreis, in dem der Haushalt lebt. Außerdem gibt es auch hier regionale Unterschiede: In allen ostdeutschen Bundesländern ist die Wahrscheinlichkeit, einen Kinderbetreuungsplatz angeboten zu bekommen, höher als in den westdeutschen Bundesländern. Die Schätzergebnisse zeigen, dass dies nicht allein an den höheren Versorgungsquoten in den ostdeutschen Bundesländern liegt. Hinzu kommt, dass in den ostdeutschen Bundesländern der regionale „Match“ zwischen Betreuungsbedarf und Betreuungsangebot besser ist als in den westdeutschen Bundesländern und/oder dass in den ostdeutschen Bundesländern Kindertagesstätten überbelegt werden, d. h. dass auf einen Platz teilweise mehrere Kinder kommen.

## Ergebnisse der neuen Bedarfsermittlung

Auf Basis dieser Schätzungen lässt sich die individuelle „Rationierungswahrscheinlichkeit“, also die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern für ein Kind einen Betreuungsplatz nachfragen, aber keinen angeboten bekommen, berechnen. Im Durchschnitt beträgt diese Rationierungswahrscheinlichkeit für Kinder bis drei Jahren in den ostdeutschen Bundesländern 57% und in den westdeutschen Bundesländern

**8** Das SOEP ist eine repräsentative jährliche Befragung privater Haushalte in Deutschland, die vom DIW Berlin in Zusammenarbeit mit Infratest Sozialforschung durchgeführt wird. Vgl. SOEP Group: The German Socio-Economic Panel (GSOEP) after more than 15 years – Overview. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2001, S. 7–14, oder die Homepage der SOEP-Gruppe: [www.diw.de/soep](http://www.diw.de/soep).

**9** In einer aktuellen repräsentativen Umfrage des forsa-Instituts geben über 30% aller Eltern mit Kindern bis zu 13 Jahren an, dass es schwer ist bzw. war, einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Fast die Hälfte aller Eltern mit Kindern in dieser Altersgruppe wünscht sich laut dieser Umfrage mehr Kinderbetreuungsplätze. Vgl. dazu: Media-Forschung und -Service: Mehr Kinder. Mehr Leben. Ergebnisse der repräsentativen forsa-Befragung. Mimeo, 2004. Für eine ausführliche Diskussion dieses Problems vgl. auch Michaela Kreyenfeld, C. Katharina Spieß und Gert G. Wagner: Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung. Analysen zum Status quo und Vorschläge zur Reform. Berlin 2001.

**10** Generell kann bei Vorliegen von Rationierung im Fall des Nichtkonsums nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass zu dem gegebenen Preis keine Nachfrage vorliegt.

**11** Vgl. Katharina Wrohlich: The Excess Demand for Subsidized Child Care in Germany. DIW Diskussionspapier Nr. 470. Berlin 2005.

**12** Detaillierte Darstellungen der Schätzergebnisse finden sich in Wrohlich, a. a. O.

**13** In dieser Studie wird die Nachfrage nach Betreuungsplätzen in Einrichtungen geschätzt. Die Nachfrage nach Betreuung in Form von Tagespflegeplätzen kann nicht berücksichtigt werden, da keine repräsentative Information über die Versorgung mit diesen Plätzen verfügbar ist. Da die Anzahl der in Tagespflege betreuten Kinder gering ist, kann davon ausgegangen werden, dass diese Einschränkung die Schätzergebnisse nur unwesentlich beeinflusst.

**14** Für diese Schätzung wurde ein hypothetisches Nettoeinkommen simuliert, das der Haushalt realisieren würde, wenn die Mutter nicht erwerbstätig ist. Dieses Einkommen wurde auf Basis des Mikrosimulationsmodells STSM berechnet; vgl. Peter Haan, Viktor Steiner und Katharina Wrohlich: Dokumentation des Steuer-Transfer Mikrosimulationsmodells STSM (1999–2002). Mimeo. Berlin 2005. Als weitere Variable wurde auch der Bruttostundenlohn der Mutter verwendet, um die Opportunitätskosten der Betreuung durch die Mutter abzubilden. Dieser hat keinen signifikanten Einfluss auf die Nachfrage nach einem Betreuungsplatz.

**15** Da es sich um Schätzungen handelt, sind diese Zahlen mit Unsicherheiten behaftet; in Tabelle 2 sind die Konfidenzintervalle angegeben.

Tabelle 2

### Geschätzte Wahrscheinlichkeiten und tatsächliche Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen für Kinder bis unter drei Jahren

	Nachfrage	Angebot	Rationierung	Tatsächliche Versorgungsquote <sup>1</sup>
Ostdeutsche Bundesländer	0.83 (0.47 bis 1)	0.33 (0 bis 0.71)	0.57 (0.29 bis 0.87)	0.34
Westdeutsche Bundesländer	0.65 (0.35 bis 0.93)	0.06 (0 bis 0.26)	0.61 (0.33 bis 0.88)	0.03

Zahlen in Klammern geben 95 %-Konfidenzintervalle an. Das bedeutet, dass man zu 95 % sicher sein kann, dass z. B. die Rationierungswahrscheinlichkeit in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 0,29 und 0,87 liegt.

<sup>1</sup> Versorgungsquoten: Anzahl der verfügbaren Plätze pro 100 Kinder in der jeweiligen Altersgruppe auf Kreisebene. Diese Daten wurden freundlich von Deutschen Jugendinstitut (DJI) bereitgestellt. Die hier

ausgewiesene Zahl ist die durchschnittliche gewichtete Versorgungsquote der Stichprobe, die für die Schätzung herangezogen wurde.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

61 %.<sup>15</sup> Damit sind die Rationierungswahrscheinlichkeiten in den beiden Regionen sehr ähnlich, obwohl sich die Versorgungsquoten stark unterscheiden. Der Grund dafür ist, dass in den ostdeutschen Bundesländern auch deutlich mehr Kinderbetreuungsplätze nachgefragt werden – durchschnittlich für 83 % aller Kinder bis drei Jahren, während es in Westdeutschland nur 65 % sind (Tabelle 2).<sup>16</sup>

Auf Basis der individuellen Rationierungswahrscheinlichkeiten lässt sich mithilfe der SOEP-Gewichtungsfaktoren hochrechnen, wie viele Kinder

einen Kinderbetreuungsplatz nachfragen, ohne dass dieser Nachfrage ein Angebot gegenübersteht. Tabelle 3 zeigt die Anzahl der Kinder, die „rationiert“ sind bzw. auf einen Betreuungsplatz warten. Die Hochrechnung zeigt, dass bei den Kindern bis zu drei Jahren die „Warteschlange“ sehr lang ist: Über 1,2 Mill. Kinder unter drei Jahren sind in Bezug auf einen Betreuungsplatz rationiert.

Das TAG sieht vor, in erster Linie Betreuungsplätze für Kinder bereitzustellen, deren Eltern beide erwerbstätig sind bzw. erwerbstätig sein wollen. In der Begründung des Gesetzentwurfs wird als Ziel ein Ausbau um 230 000 Plätze genannt. Dies würde für fast alle Kinder reichen, die unter drei Jahre alt sind und erwerbstätige Mütter<sup>17</sup> haben – das sind in West- und Ostdeutschland rund 250 000 (Tabelle 3). Allerdings sind nach den vorliegenden Schätzungen weitere 35 000 Plätze nötig, wenn auch all jene Kinder mit Plätzen versorgt werden sollen, deren Mütter „so bald wie möglich“ erwerbstätig sein wollen. Unklar ist des Weiteren, ob das TAG vorsieht, auch Plätze für Kinder geringfügig beschäftigter Mütter bereitzustellen. Nach der vorliegenden Schätzung wären hierfür zusätzlich 128 000 Plätze nötig, wobei die Mehrzahl dieser Plätze in den westdeutschen Bundesländern anfielen. Außerdem wird im TAG ein Bedarf gese-

<sup>16</sup> Für Kinder zwischen drei und sechs Jahren ist die Rationierungswahrscheinlichkeit deutlich geringer; vgl. dazu Wrohlich, a. a. O. Außerdem ist zu bemerken, dass einzelne Bundesländer von anderen Nachfragequoten ausgehen. So rechnet Brandenburg z. B. mit einer Nachfrage von etwa 45 % (Auskunft des Brandenburgischen Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport vom 30. März 2005). Diese Quote beruht auf unmittelbaren Erfahrungen, nicht auf statistischen Modellen. Statistische Modelle berechnen auf der Basis aller vorhandenen Informationen Wahrscheinlichkeiten, dass eine bestimmte Nachfrage besteht. Die Berechnung von Wahrscheinlichkeiten ist nicht mit einer Nachfrage auf Basis von Erfahrungswerten gleichzusetzen, die z. B. auch davon beeinflusst wird, wie die aktuelle Arbeitsmarktlage ist, wie viele Plätze vorhanden und erreichbar sind.

<sup>17</sup> Nach wie vor ist in Deutschland das sog. „1,5-Ernährermodell“ vorherrschend, d. h. der Vater ist vollzeit erwerbstätig, die Mutter ggf. in Teilzeit. Das heißt, es kann davon ausgegangen werden, dass mehrheitlich die Partner dieser Mütter ebenfalls erwerbstätig sind.

Tabelle 3

### Hochrechnung: Wie viele Kinder unter drei Jahren warten auf einen Platz?

In 1 000 (gerundet)

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Kinder mit voll- oder teilzeiterwerbstätigen Müttern	61 (32 bis 89)	194 (106 bis 282)
Kinder mit geringfügig beschäftigten Müttern	6 (0 bis 12)	122 (76 bis 169)
Kinder, deren Mütter „sobald wie möglich“ arbeiten möchten <sup>1</sup>	6 (0 bis 13)	29 (18 bis 41)
Kinder, deren Mütter „im nächsten Jahr“ arbeiten möchten <sup>1</sup>	53 (27 bis 80)	122 (68 bis 175)
Kinder, deren Mütter in keiner der oben genannten Kategorien sind	84 (45 bis 123)	583 (285 bis 881)
<b>Summe (Kinder in „Warteschlangen“)</b>	<b>210</b> <b>(104 bis 317)</b>	<b>1 050</b> <b>(553 bis 1 548)</b>
Grundgesamtheit	379	1 854

Zahlen in Klammern geben 95 %-Konfidenzintervalle an.

<sup>1</sup> Im SOEP werden nicht erwerbstätige Personen nach ihren Erwerbswünschen befragt. Die Angaben hier beziehen sich auf Kinder, deren Mütter auf die Frage, ob sie in Zukunft wieder erwerbstätig sein möchten, „Ja,

unbedingt“ und auf die Frage nach der zeitlichen Perspektive der gewünschten Aufnahme entweder „sobald wie möglich“ oder „im nächsten Jahr“ geantwortet haben.

Quellen: SOEP 2002; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2005

hen, sofern ein Besuch einer Kindertagesstätte zum Wohle des Kindes notwendig ist. Ein solcher Bedarf bzw. die daraus resultierende Nachfrage lässt sich über Umfragedaten wie die des SOEP nicht erfassen. Es kann jedoch festgehalten werden, dass entsprechend mehr Plätze benötigt werden.

### Fazit

Wenn es das politische Ziel ist, Plätze für Kinder mit erwerbstätigen Eltern bereitzustellen, kann der Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland in der Größenordnung von 230 000 Plätzen als ein nahezu bedarfsgerechter Ansatz betrachtet werden. Allerdings sollten diese Plätze in West- und in Ostdeutschland geschaffen werden. Sollen jedoch auch Plätze für diejenigen bereitgestellt werden, die bald eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen oder geringfügig beschäftigt sind, dann müssten weitaus mehr Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Außerdem ist zu vermuten, dass eine Erhöhung des Angebots an Kinderbetreuungsplätzen die Erwerbstätigkeit von Müttern insgesamt erhöht. Unter Umständen erhöht sich dadurch auch wieder die Zahl der Kinder mit erwerbstätigen Eltern, die einen Kinderbetreuungsplatz nachfragen, ohne dass dieser Nachfrage ein Angebot gegenübersteht. Hinzu kommt der schwer quantifizierbare Bedarf aufgrund des Kindeswohls.

Wie die intensiven Diskussionen der letzten zwei Jahre insbesondere um die Finanzierung des zusätzlichen Ausbaus der Kinderbetreuung gezeigt haben, bedarf es großer Anstrengungen aller ge-

sellschaftlichen Akteure, den bedarfsbedingten Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland zu finanzieren. Viele Kommunen sehen aufgrund ihrer schlechten Haushaltslage häufig wenig Spielraum für einen Ausbau dieser Infrastrukturleistungen. Hinzu kommt, dass zusätzliche Steuereinnahmen aufgrund eines Ausbaus der Kinderbetreuung<sup>18</sup> nicht nur den Kommunen, die den Ausbau mit den Ländern finanzieren, zugute kommen, sondern auch dem Bund, obwohl dieser im Bereich der Infrastrukturleistungen für Familie keine organäre Finanzierungszuständigkeit hat.

Um einen bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung in Deutschland nachhaltig zu bewerkstelligen, sollte deshalb der kommunale Finanzausgleich kurz- bis mittelfristig so umgestaltet werden, dass dabei die Zahl der Kinder im vorschulischen Alter berücksichtigt wird.<sup>19</sup> Ferner sollte auch an mittel- bis langfristigen Reformen weitergearbeitet werden, die eine nachhaltige Finanzierung der Betreuungsinfrastruktur für Kinder sicherstellen, indem diese Infrastrukturleistungen z. B. über eine Familienkasse finanziert werden.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> C. Katharina Spieß, Jürgen Schupp, Markus Grabka, John P. Haisken-De New, Heike Jakobeit und Gert G. Wagner: Abschätzung der Brutto-Einnahmefekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Baden-Baden 2002.

<sup>19</sup> Vgl. Dieter Vesper: Gibt es fiskalische Anreize für die Kommunen zum Ausbau der Kinderbetreuung? In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 3/2005, S. 41–48.

<sup>20</sup> Vgl. C. Katharina Spieß: Parafiskalische Modelle zur Förderung familienpolitischer Leistungen. DIW Materialien Nr. 36. Berlin 2004; C. Katharina Spieß: Die Bündelung und Integration familienbezogener Leistungen bei einer Familienkasse. In: Jörg Althammer und Ute Klammer (Hrsg.): Monetäre Familienpolitik auf dem Prüfstand. Tübingen 2005 (im Erscheinen).



## Aus den Veröffentlichungen des DIW Berlin

Katharina Wrohlich

### The Excess Demand for Subsidized Child Care in Germany

The extension of subsidized child care is currently on the top of the political agenda in Germany. In this paper the excess demand for subsidized child care slots is estimated using a partial observability model in the style of Abowd and Farber (1982). The results show that more than 50 percent of children aged 0–3 are queuing for child care slots, whereas only 10 percent of children aged 4–6 years are queuing. For children in the younger age group about 255,000 child care slots are missing. This number comes close to the government's plan to expand subsidized child care by 230,000 slots.

**Diskussionspapier Nr. 470**  
Januar 2005

Die Volltextversionen der Diskussionspapiere liegen von 1998 an komplett als pdf-Dateien vor und können von der entsprechenden Website des DIW Berlin heruntergeladen werden ([www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/diskussionspapiere)).

#### **Impressum**

DIW Berlin  
Königin-Luise-Str. 5  
14195 Berlin

#### **Herausgeber**

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann (Präsident)  
Prof. Dr. Georg Meran (Vizepräsident)  
Dr. Tilman Brück  
Dörte Höppner  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Bernhard Seidel  
Prof. Dr. Viktor Steiner  
Prof. Dr. Alfred Steinherr  
Prof. Dr. Gert G. Wagner  
Prof. Dr. Axel Werwatz, Ph. D.  
Prof. Dr. Christian Wey

#### **Redaktion**

Dr. habil. Björn Frank  
Dr. Elke Holst  
Jochen Schmidt  
Dr. Mechthild Schrooten

#### **Pressestelle**

Renate Bogdanovic  
Tel. +49 - 30 - 897 89-249  
[presse@diw.de](mailto:presse@diw.de)

#### **Vertrieb**

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
[leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)  
Tel. 01805 - 19 88 88 \*dtms/12 Cent/min.

#### **Bezugspreis**

Jahrgang Euro 180,-  
Einzelheft Euro 7,-  
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)  
Abbestellungen von Abonnements  
spätestens 6 Wochen vor Jahresende

ISSN 0012-1304

Bestellung unter [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de)

#### **Konzept und Gestaltung**

kognito, Berlin

#### **Satz**

Wissenschaftlicher Text-Dienst (WTD), Berlin

#### **Druck**

Druckerei Conrad GmbH  
Oranienburger Str. 172  
13437 Berlin